



Pressemitteilung

Wandsbek beschließt mehr Flächen für Wohnungsbau

Vor dem Hintergrund, dass der Zustrom von Flüchtlingen anhält – von Januar bis August 2015 sind knapp 25.000 Menschen nach Hamburg gekommen - und dass zumindest ein Teil derer, die in Hamburg Zuflucht suchen auch langfristig hier bleiben wird, will der Hamburger Senat in jedem Bezirk zusätzlich zum Wohnungsbauprogramm in 2016 800 Wohneinheiten errichten lassen. Die Wandsbeker rot-grüne Koalition bekennt sich zu der Verantwortung des Bezirks, daran mitzuwirken, dass kurzfristig mehr fester Wohnraum geschaffen wird. Anja Quast, die Vorsitzende der SPD-Bezirksfraktion: „Hamburg muss als Stadtstaat und Ballungszentrum damit rechnen, dass die hohe Zahl der Flüchtlinge auch langfristig einen erheblichen Mehrbedarf an Wohnraum auslösen wird, dieser Herausforderung stellen wir uns als Bezirk.“

Dennis Paustian-Döscher, der Vorsitzende der GRÜNEN-Bezirksfraktion ergänzt: „Es ist jetzt notwendig, die Anstrengungen für den Wohnungsbau nochmals zu verstärken, um die Menschen möglichst rasch aus den provisorischen Unterkünften in Zelten und Containern in ordentlichen Wohnraum vermitteln zu können. Trotzdem achten wir auch darauf, dass nur ökologisch vertretbare Flächen ausgesucht werden.“ Die Pläne des Senats sehen vor, Investoren zu gewinnen, die bereit sind, geförderten Wohnungsbau zu erstellen und diesen für einen gewissen Zeitraum für die öffentlich-rechtliche Unterbringung zur Verfügung zu stellen.

Die Wandsbeker Regierungskoalition hat alle im Bezirk Wandsbek vorhandenen Flächen, die sich im Eigentum der Hansestadt befinden, auf ihre Eignung für ein solches Wohnungsbauprojekt hin überprüft. Bei der Auswahl der Flächen spielten die Faktoren Erschließung, soziale Infrastruktur, Ökologie, Lage im Sozialraum und die schnelle Verwertbarkeit eine Rolle. Nach gründlicher Abwägung hat sich die Koalition entschlossen, die folgenden Flächen vorzuschlagen:

- Teile der Flächen am Rehagen (Gemarkung Hummelsbüttel, zwischen Högenredder und Poppenbütteler Weg entlang Rehagen) für ca. 300 WE,
- Teile der Flächen westlich des nördlichen Stücks der Glashütter Landstraße (Gemarkung Hummelsbüttel, insbesondere Flurstück 21) für ca. 300 WE,
- die öffentliche Fläche am Poppenbütteler Berg (Gemarkung Poppenbüttel, Flurstück 6540) für die Erstellung von ca. 130 WE zusätzlich zum Aufstellungsbeschluss Bebauungsplanverfahren Poppenbüttel 43 (bisher vorgesehen: 160 bis 170 Wohnungen)
- die Fläche des ehemaligen Pflegeheims Holstenhof (Elfsaal, Gemarkung Jenfeld, Flurstück 3341) für die Erstellung von ca. 70 WE zusätzlich zum Bebauungsplan Jenfeld 25 (bisher vorgesehen: ca. 136 Wohnungen)

Begleitet wird der Vorschlag für neue Wohnungsbauflächen von der Forderung, dass die soziale und verkehrliche Infrastruktur wie Schulen, Kindertagesstätten, Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe sowie der ÖPNV an die steigende Bevölkerungszahl angepasst werden muss. Zusätzlich haben die Fraktionsvorsitzenden die Integration der neuen Wandsbekerinnen und Wandsbeker im Blick: „Der Senat muss durch eine kluge Belegung dafür Sorge tragen, dass soziale Durchmischung der neu entstehenden Quartiere dazu beiträgt, dass eine soziale Integration in den Stadtteilen gewährleistet wird.“